



Auskunft erteilt:	Frau Kapell	Amt/EB:	36-Umweltamt
Tel.:	0261 129 1530	e-mail:	Sabine.Kapell@Stadt.Koblenz.de
Koblenz,	31.05.2022		

Niederschrift

über die Sitzung des Umweltausschusses vom 12.05.2022

Anwesend sind:

Vorsitzende/r des Gremiums

Herr David Langner, Oberbürgermeister

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Alexandra Brinke,

Frau Ute Görgen, c/o Fraktion Grüne

Frau Dr. Carolin Schmidt-Wygasch,

Stv. Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Uwe Lütge-Thomas,

Ratsfraktion CDU

Herr Manfred Diehl,

Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling,

Herr Michel Guretzke,

Stv. Ratsfraktion CDU

Herr Stephan Otto,

Ratsfraktion SPD

Frau Marion Mühlbauer,

Herr Detlev Pilger,

Herr Norman Schneider,

Stv. Ratsfraktion SPD

Herr Manfred Bastian,

Ratsfraktion FW

Frau Julia Maria Kübler,

Ratsfraktion AfD

Frau Katrin Vogel,

Stv. Ratsfraktion WGS

Herr Volker Drose,

Stv. Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI

Herr Oliver Antpöhler-Zwiernik,

Ratsfraktion FDP

Herr Manuel Sartoris,

Verwaltung

Frau Dagmar Körner,

Herr Johannes Mader,

Schriftführer/in

Frau Sabine Kapell,

Oberbürgermeister Langner begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende das neue gewählte Ausschussmitglied Volker Drose gemäß § 46 i.V.m. § 30 Abs. 2 GemO.

Ferner stellt Oberbürgermeister Langner den neuen Amtsleiter des Umweltamtes, Herrn Johannes Mader, vor und heißt ihn in der Mitte des Ausschusses willkommen.

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.35 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Baumschutzsatzung
Vorlage: UV/0126/2022
- Punkt 2: Klimaschutzkonzept - Sachstandsbericht für das Jahr 2021 und Ausblick 2022
Vorlage: UV/0113/2022
- Punkt 3: Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Baumschutzsatzung Vorlage: UV/0126/2022

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Unterrichtungsvorlage zur Kenntnis.

Protokoll:

Oberbürgermeister Langner erklärt, in der vorliegenden Unterrichtungsvorlage werde deutlich, dass für die Zulassung von Ausnahmen und Befreiungen der Regelungen der Baumschutzsatzung bereits eindeutige und abschließende Vorgaben getroffen wurden. Hierdurch seien die Entscheidungsmöglichkeiten bereits durch die politischen Vorgaben für den Vollzug der Baumschutzsatzung klar vorgegeben. Bei ordnungsgemäßer Umsetzung der Baumschutzsatzung könne es nicht zu einer strengen Beurteilung durch die politischen Gremien kommen. Aufgrund dessen ist die beantragte Beteiligung nicht erforderlich. In den vergangenen Wochen fanden Gespräche zwischen den Ämtern 65 und 66, dem Eigenbetrieb 67 sowie dem Amt 36 statt, um die Baumschutzsatzung effektiv zu bearbeiten und insbesondere bei Berührungspunkten mit städtischen Baumaßnahmen diese transparent darzustellen.

Seitens der Ratsfraktion-Bündnis 90 / Die Grünen wird beantragt, den letzten Absatz der Begründung der Verwaltungsvorlage wie folgt zu ändern:

„Bei Vorhaben, die in Fachausschüssen beraten werden, **sind** im Fall von erforderlichen Ausnahmen oder Befreiungen nach der Baumschutzsatzung die Sachverhalte in den Vorlagen entsprechend zu erläutern.“

Hiermit erklärt sich der Umweltausschuss einverstanden.

Punkt 2: Klimaschutzkonzept - Sachstandsbericht für das Jahr 2021 und Ausblick 2022 Vorlage: UV/0113/2022

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Unterrichtungsvorlage zur Kenntnis.

Protokoll:

- Seitens des Ausschusses wird über die Ladeinfrastruktur für E-Bikes beraten (Seite 56). Aktuell gebe es nur 2 Ladestationen (Historisches Rathaus und Vorfeld Feste Ehrenbreitstein). Dies müsse im Vorgriff auf die BUGA 2029 an das touristische Aufkommen angepasst werden.

Oberbürgermeister Langner berichtet, die Verwaltung habe sich ebenfalls mit dieser Frage auseinandergesetzt und zunächst eine eigene Infrastruktur erwogen. Mit Blick auf die Finanzierungsproblematik (freiwillige Leistungen) sei man aber nach Beratungen mit Experten zum Ergebnis gekommen, diesen Aufbau den privaten Betreibern / Investoren zu überlassen. Die beiden bestehenden Ladepunkte befänden sich im Eigentum der EVM, entsprächen nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik und würden meist zweckentfremdend genutzt. Gerne werde man den privaten Betreibern die Wünsche und Anregungen der Politik weitergeben, aber derzeit werde von deren Seite ein Bedarf nicht gesehen. Die E-Bikes verfügten meist über ausreichende Akkukapazitäten und die Radfahrer könnten dann im Anschluss zu Hause oder in den Unterkünften (Hotels, Pensionen, Ferienwohnungen, Campingplätzen u.a.) oder auch während eines Restaurantbesuchs diese an der Steckdose wieder aufladen.

Aus der Mitte des Ausschusses wird angeregt, die Ausgestaltung der Ladestationen an verschiedenen stark frequentierten Punkten im Rahmen der BUGA 2029 neu zu überdenken. Der Vorsitzende sagt zu, die Anregungen bei der weiteren Beratung zur Konzeption in den städtischen Gremien mit aufzunehmen.

- Hinsichtlich der Thematik „Reduzierung des Flächenverbrauchs durch neue Flächennutzungsplanung“ wird seitens den Umweltausschuss folgende Textänderung auf Seite 23 letzter Absatz (Ü 8.1) vorgeschlagen: „...Eine Zusammenarbeit der Stadt mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz zur Bearbeitung des Themas **wird angeregt.**“ Die Ausweisung von Freiflächen für Solarenergie und Windräder müsse vorangetrieben werden und die bisher langwierigen Verfahren dazu müssten beschleunigt werden. Sonst ginge die Schere zwischen dem was der Bund an Klimazielen erreichen wolle und dem was in den Kommunen vor Ort passiere zu

weit auseinander. Zudem seien zwei Investoren bekannt, die in Koblenz Projekte umsetzen wollten.

Oberbürgermeister Langner verweist auf die Beratungen in den Gremiensitzungen der EVM, wo man sich mit der Freiflächenproblematik beschäftigt habe. Natürlich werde man den Wunsch der Politik auf zügige Umsetzung gerne aufnehmen, aber auf der bisherigen Basis sei dies eine sehr langwierige Prozedur, auch wenn es aktuell von Seiten der Bundespolitik Bestrebungen gebe, diese Verfahren zu beschleunigen.

Auch wird aus der Mitte des Ausschusses eine kombinierte Nutzung von Flächen mit Solar-energie und Landwirtschaft ins Gespräch gebracht, denn Module neuerer Bauart ließen diese Möglichkeit mittlerweile zu. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass Wasserkraft zu ökologischen Folgen für die betroffenen Gewässer führt. Aktuell bezieht die Stadt Koblenz den überwiegenden Teil des Strommixes aus Wasserkraft. Es wurde angeregt hier zukünftig Strom aus anderen erneuerbaren Erzeugungswegen zu nutzen.

- Ein Ausschussmitglied appelliert, den „Fachbeitrag erneuerbare Energien“ im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes von Seiten der Verwaltung nun aktiv anzugehen.

Frau Körner (Büro des Oberbürgermeisters) verdeutlicht, dass dies Aufgabe der Bauleitplanung bei Amt 61 wäre und sagt zu, sich dort über den Sachstand zu erkundigen und diese Informationen zum Protokoll nachzureichen (s. Anlage).

- Im Ausschuss wird die Frage nach den Zahlen zu Energieverbräuchen der Flussschifffahrt aufgeworfen und eine Aufteilung der Binnenschifffahrt nach Frachtschiffen (gewerbliche Nutzung) oder Personenbeförderung (Tourismus) vorzunehmen – auch mit Blick auf die BUGA-Planungen.

Frau Körner (Büro des Oberbürgermeisters) weist darauf hin, die extern gelieferten Zahlen für die Binnenschifffahrt insgesamt seien der Unterrichtungsvorlage zu entnehmen. Ob eine weitere Aufschlüsselung möglich wäre, müsse geklärt werden.

- Es wird ferner aus der Mitte des Ausschusses zum Punkt ÖKOPROFIT (Seite 31) nach den Zahlen der Teilnehmer der Veranstaltungen gefragt und ob es zutreffend sei, dass es letztes Jahr keinen Vertreter aus Koblenz gegeben habe.
- Herr Mader (Amt 36) sagt zu, diese Informationen zum Protokoll nachzureichen.

Anmerkung zu Protokoll:

Aktuell gibt es keine Teilnehmer aus Koblenz. Die vormals aktiven (Hochschule, Studierendenwerk) sind in der Corona-Zeit abgesprungen. Im kommenden Jahr soll eine neue Runde starten, man bemühe sich hier auch wieder Teilnehmer aus dem Stadtgebiet zu gewinnen.

- Zu der auf Seite 41 genannten „Modernisierung und Einführung eines klimaschonenden städtischen Fuhrparks“ wird vom Ausschuss bezweifelt, dass im Jahr 2021 keine Mitarbeiter ausgeschieden oder zu anderen Ämtern gewechselt und damit keine freien Parkplätze entstanden und zurückgegeben worden seien. Zudem sollten z.B. außerhalb des Betriebshofes des EB 70 weitere Kapazitäten zum Parken und Laden von E-Fahrzeugen geprüft werden. Man denke da z.B. an ehemalige Flächen der Deutschen Bahn AG im Umfeld.

Oberbürgermeister Langner führt aus, das neue Konzept befinde sich in der Umsetzung und es würden vermehrt städtische E-Fahrzeuge in Betrieb genommen und damit solle der Anteil der privat genutzten PKW schrittweise reduziert werden. Er gibt aber zu bedenken, dass man den städtischen Mitarbeitern nicht einfach ihre Parkplätze wegnehmen könne, da diese teilweise aus ländlichen Gebieten aufs Auto angewiesen seien, um überhaupt zur Arbeit zu kommen. Die Debatte hinsichtlich Reduzierung von Mitarbeiterparkflächen gestalte sich regelmäßig sehr emotional und sei kein einfaches Thema für die Verwaltung. Zudem habe man im laufenden Jahr die Parkgebühren angehoben, um Anstöße zum Umstieg zu erzielen.

- Zum Thema ÖPNV-Zuschuss für städtische Bedienstete (Seite 42) und Jobticket (Seite 47) wird der Anteil der ÖPNV-Nutzer in Bezug zur Gesamtmitarbeiterzahl und die Festlegung eines Zielwertes diskutiert. Nach Meinung einiger Ausschussmitglieder müsse der Anteil der ÖPNV-Nutzer deutlich ausgebaut und die Nutzung von Privatautos reduziert werden. Auch solle durch das Anbieten von „Jobrädern“ im Rahmen eines „Leasingmodells“ durch die Stadt die Attraktivität der verstärkten Nutzung von Fahrrädern gefördert werden.

Frau Körner (Büro des Oberbürgermeisters) verweist auf den in der Vorlage genannten Zielwert von 212 Jobticket-Nutzern (siehe Seite 47). Ferner gibt sie zu bedenken, dass viele der in Koblenz wohnenden Mitarbeiter nicht den ÖPNV nutzten, weil sie die Wegstrecken zu Fuß, mit dem Fahrrad oder auch Rollern zurücklegen würden. Dies dürfe bei den Zahlenvergleichen nicht vergessen werden.

Oberbürgermeister Langner berichtet zur Möglichkeit des „Fahrrad-Leasing“ über den Arbeitgeber, der Personalrat habe bisher gegen ein solches Modell zum Schutz der Mitarbeiter votiert, da durch diese Finanzierungsmodelle im Rahmen der Gehaltsabrechnung im Rentenalter Nachteile entstehen könnten, weil sich das zu versteuernde Einkommen reduziere. Wie auf Seite 47 zu lesen sei, gewähre die Verwaltung aber zukünftig zinslose Darlehen für den Kauf von privaten E-Bikes. Er könne jedoch gerne in die Beratungen mit dem Personalrat mitnehmen, dass von Seiten des Ausschusses die Anregung erfolgte, das Angebot auszubauen und die Mitarbeiter im Rahmen der Selbstverantwortung in eigenem Ermessen entscheiden zu lassen, ob sie eventuelle zukünftige Verschlechterungen in finanzieller Sicht in Kauf nehmen wollten.

Es besteht Einigkeit im Ausschuss darüber, dass der Rad- und ÖPNV-Verkehr in Zukunft gestärkt werden solle.

- Bezüglich der auf Seite 62 erwähnten (Trink-)Brunnen möchte ein Ausschussmitglied über den Verbleib des gespendeten Trinkbrunnens im Bereich „Altlöhrtor“, der im Rahmen der Umbaumaßnahmen entfernt wurde, informiert werden. Die Verwaltung sagt zu, den Verbleib zu klären.
- Anlässlich der Begründung von Fahrgastunterständen (Seite 60) wird aus der Mitte des Ausschusses an die Verwaltung appelliert, sich in den Verhandlungen nachdrücklich für den Erhalt der bestehenden Wartehäuschen einzusetzen. Die Neuerrichtung stelle einen intensiveren Eingriff dar, als die alten Strukturen zu erhalten und auszubauen.

Oberbürgermeister Langner erläutert, der Vertrag mit dem bisherigen Betreiber (awk Außenwerbung GmbH) laufe zum Ende des Jahres 2022 aus und die KOVEB solle diese Aufgabe zukünftig übernehmen. Diese sei aber wiederum verpflichtet, die Bushaltestellen barrierefrei zu bauen und so würden in den nächsten Jahren Haltestellen neugestaltet werden müssen.

- Im Zusammenhang mit einer klimafreundlichen Grünstruktur in Stadtgebiet und der Befliegung mit Drohnen wird aus der Mitte des Ausschusses die Problematik „Schottergärten“ angesprochen und inwieweit diese durch die Kommunen verboten werden könnten.

Die Verwaltung gibt hierbei zu bedenken, dass die Kontrolle der tatsächlichen Versiegelung der Flächen durch die Bauaufsicht erfolgen müsste und hierfür derzeit die personellen Kapazitäten nicht ausreichen. Es gebe neben bereits bestehenden Verboten in einigen Bebauungsplänen zudem schon Initiativen zur Umwandlung von Schottergärten seitens der Stadt und man habe die Möglichkeit bei neuen Bebauungsplänen für die Zukunft entsprechende Regelungen zu treffen. Für bestehende Nutzungen werde dies in der Praxis rückwirkend schwierig zu verbieten sein.

- Zur Thematik „Umwandlung von Überhangflächen auf Friedhöfen in ökologisch wertvolle Angebote“ äußert Oberbürgermeister Langner, durch den Wandel in den Bestattungsformen von der Erdbestattung hin zur Urnenbestattung ginge bei vielen Friedhöfen im Stadtgebiet der Flächenverbrauch stetig zurück. Diese freiwerdenden Flächen sollten naturnah gestaltet werden. Er bittet in der Vorlage auf Seite 64 zum Sachstand im zweiten Satz den Begriff „neuen“ vor den Belegungsflächen zu streichen.
- Herr Mader (Amt 36) erläutert auf Anfrage aus der Mitte des Ausschusses, dass grundsätzlich nicht nur Firmen, sondern auch Privatpersonen die Möglichkeit hätten, an regionales Saatgut zu kommen. Allerdings übersteige die Nachfrage auf Grund einer zurückliegenden Neuregelung des §40 BNatSchG zur Ausbringung von Regiosaat- und ebensolchem Pflanzgut derzeit deutlich das Angebot und auf Grund der hohen Auslastung würden teilweise die Betriebe bevorzugt beliefert.
- Ebenfalls wird Seitens des Ausschusses darum gebeten, die „Thermografie-Rundgänge für naturnahe Gärten und Fassadenbegrünung“ in der Bevölkerung mehr bekannt zu machen und so den Blick auf die Thematik zu lenken. Auch sollten noch Beispiele für begrünte Carports aufgenommen werden, um die Möglichkeiten plastisch zu erläutern.

Zudem sollten die Begrünungsmaßnahmen auch auf die Firmengelände im Industriegebiet ausgedehnt werden und an die Gewerbetreibenden appelliert werden, ihren Beitrag mit mehr Grün statt Beton zu leisten.

Oberbürgermeister Langner erklärt, diesen Aspekt werde man gerne in das Konzept aufnehmen, jedoch könne die Stadt auf Grund der strikten Haushaltsbeschränkungen im Bereich freiwillige Leistungen nur wenige finanzielle Anreize für Firmen und Privatleute schaffen. Zudem müssten z.B. bei Baumstandorten auch immer entsprechende Abstandsflächen eingehalten werden, die sich nicht immer in der Örtlichkeit umsetzen ließen.

Punkt 3:	Verschiedenes
-----------------	----------------------

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Unterrichtungsvorlage zur Kenntnis.

Protokoll:

Regelmäßige Information des Umweltausschusses über die NO₂-Belastung

Der Vorsitzende verweist auf die aktuellen Auswertungen der NO₂-Belastung in Koblenz, die dem Umweltausschuss regelmäßig als Tischvorlage zur Verfügung gestellt werden.

Herr Mader (Amt 36) führt auf Anfrage eines Ausschussmitgliedes aus, die im März kurzfristig über den gesetzlichen Jahresmittel-Grenzwerten liegenden Messwerte seien der zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Inversionswetterlage mit weniger Durchmischung der Luftmassen zuzuschreiben. Dies sei im Jahresverlauf auch im Vergleich mit Vorjahren nicht unüblich. Im Jahresverlauf ist mit einer entsprechenden Einregulierung und Einhaltung der aktuell gültigen Grenzwerte auszugehen.

Fair-Trade Stadt Koblenz

Oberbürgermeister Langner trägt vor, die Stadt Koblenz erhielt am 02.04.2022 im Rahmen einer feierlichen Urkundenverleihung die Zertifizierung zur Fair-Trade Stadt durch den Ehrenbotschafter von Transfair e.V. Flankiert wurde das Programm rund um die Urkundenüberreichung im historischen Rathaussaal durch einen Fair-Trade Markt vor dem Rathausgebäude.

Auf Hinweis eines Ausschussmitgliedes, in Lahnstein werde mit diesem Titel auf den Ortsschildern geworben, stimmt der Vorsitzende zu, dass es auch in Koblenz geplant sei, mit dieser Auszeichnung für die Stadt zu werben.

Jahresprogramm der Waldökostation 2022

Das Veranstaltungsprogramm der Waldökostation für das Jahr 2022, das vor der Sitzung auf den Tischen ausgelegt wurde, soll auf Vorschlag des Ausschusses um den Hinweis auf die nächste Bushaltestelle zur Waldökostation ergänzt werden. Auch sollte auf der Internetseite darauf verwiesen werden.

Der Verweis auf die entsprechenden Buslinien, die die Haltestelle Remstecken anfahren, besteht bereits auf der Homepage des Umweltamtes, Teilrubrik „Waldökostation“ – „Anfahrt“ (<https://www.koblenz.de/umwelt-und-planung/umwelt/waldoekostation/anfahrt/>).

Veranstaltungstermine Krautschau Koblenz

Herr Mader (Amt 36) berichtet über Veranstaltungstermine zur Krautschau Koblenz im Rahmen des Projektes „Mehr als nur Grün“ auf Initiative der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung.

Vorsitzender:



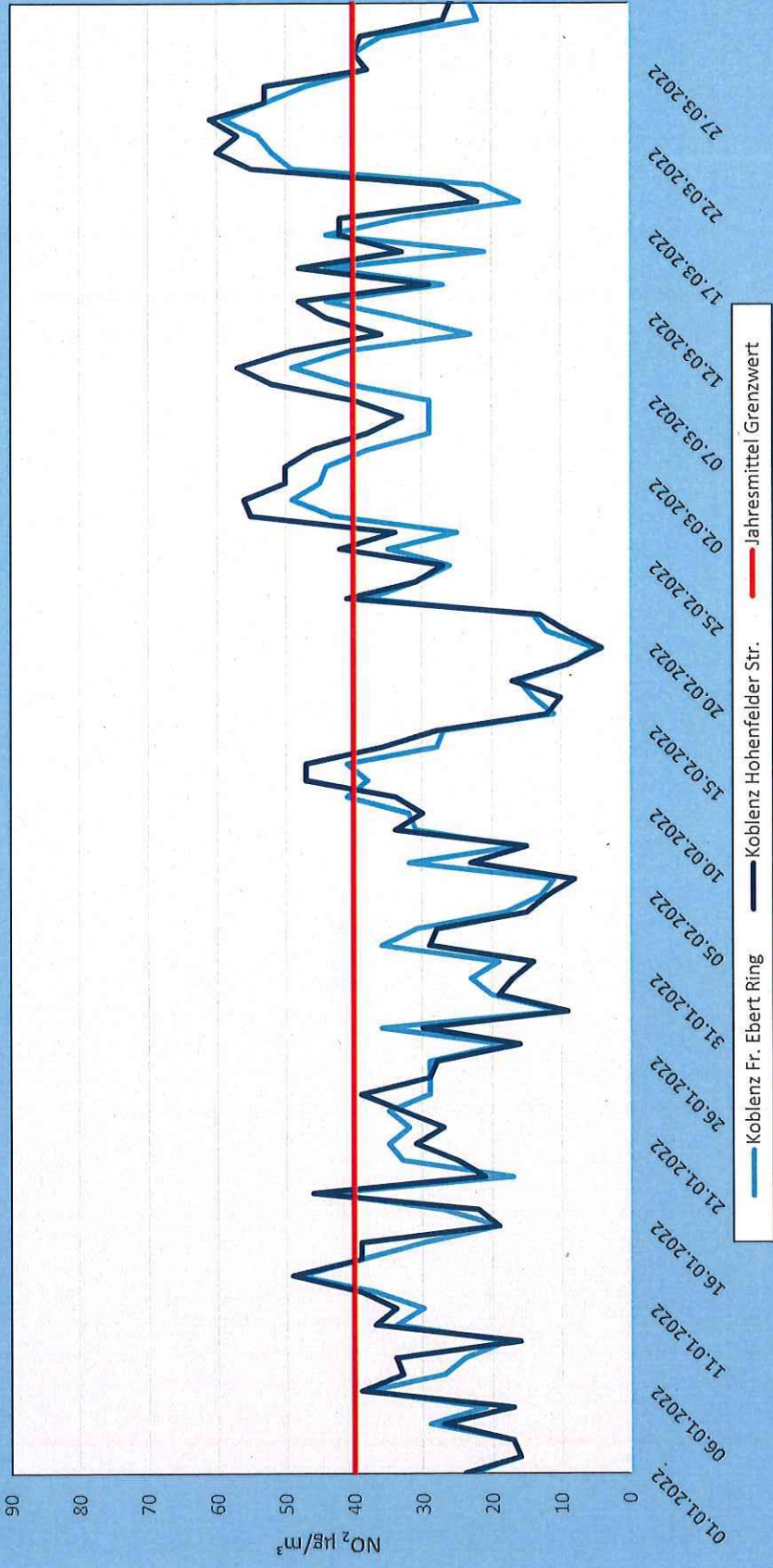
David Langner
Oberbürgermeister

Schriftführerin:



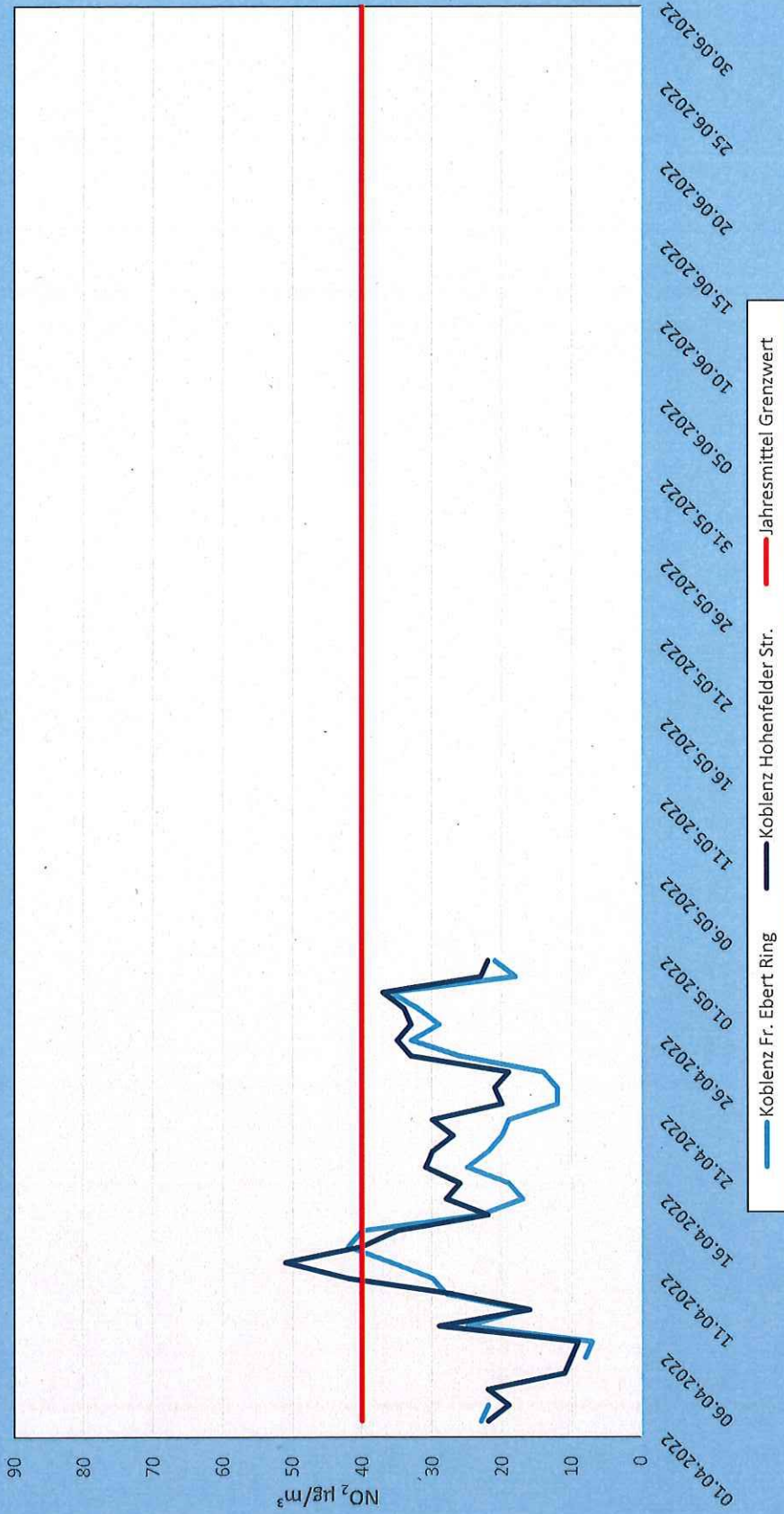
Sabine Kapell

Tagesmittelwerte NO₂ 1. Quartal 2022



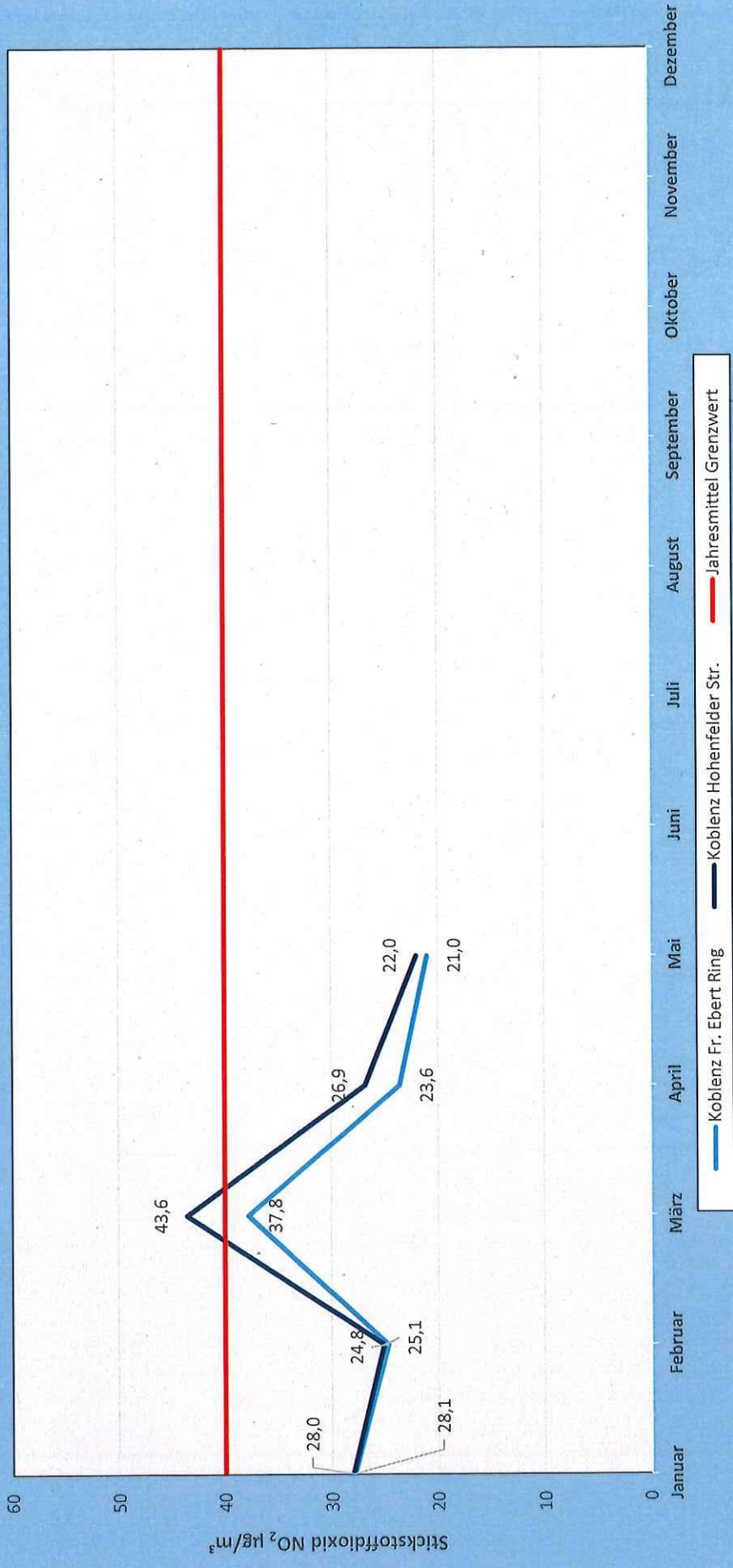
Quartalsmittelwert	30,2	Koblenz-Hohenfelder Str	32,3
--------------------	------	-------------------------	------

Tagesmittelwerte NO₂ 2. Quartal 2022



Quartalsmittelwert	22,3	Koblenz-Hohenfelder Str	24,4
--------------------	------	-------------------------	------

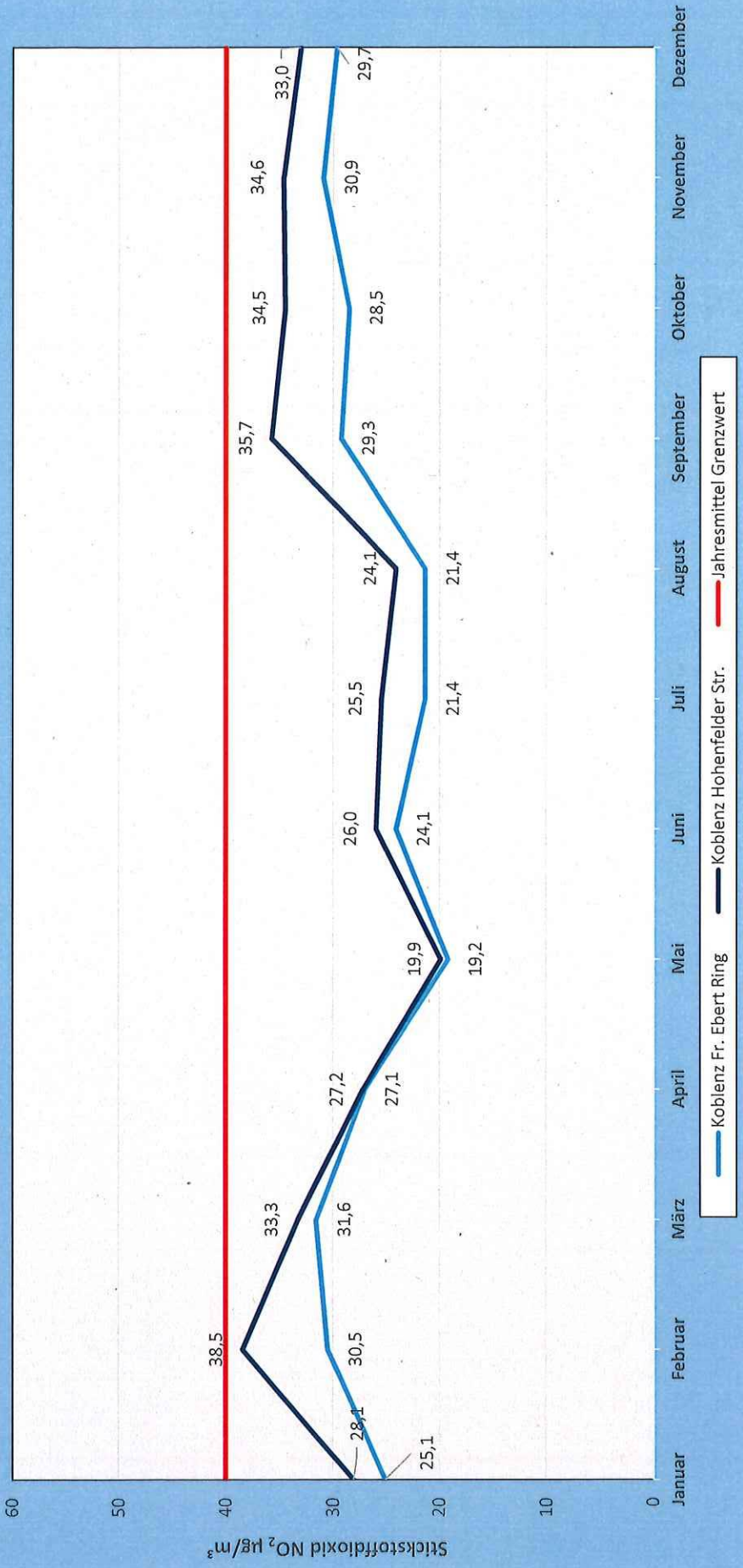
Monatsmittelwerte NO₂ 2022



*Mittelwert Januar - Mai	Koblenz-Fr. Ebert Ring	Koblenz-Hohenfelder Str
	27	29

*Vorläufige Mittelwerte

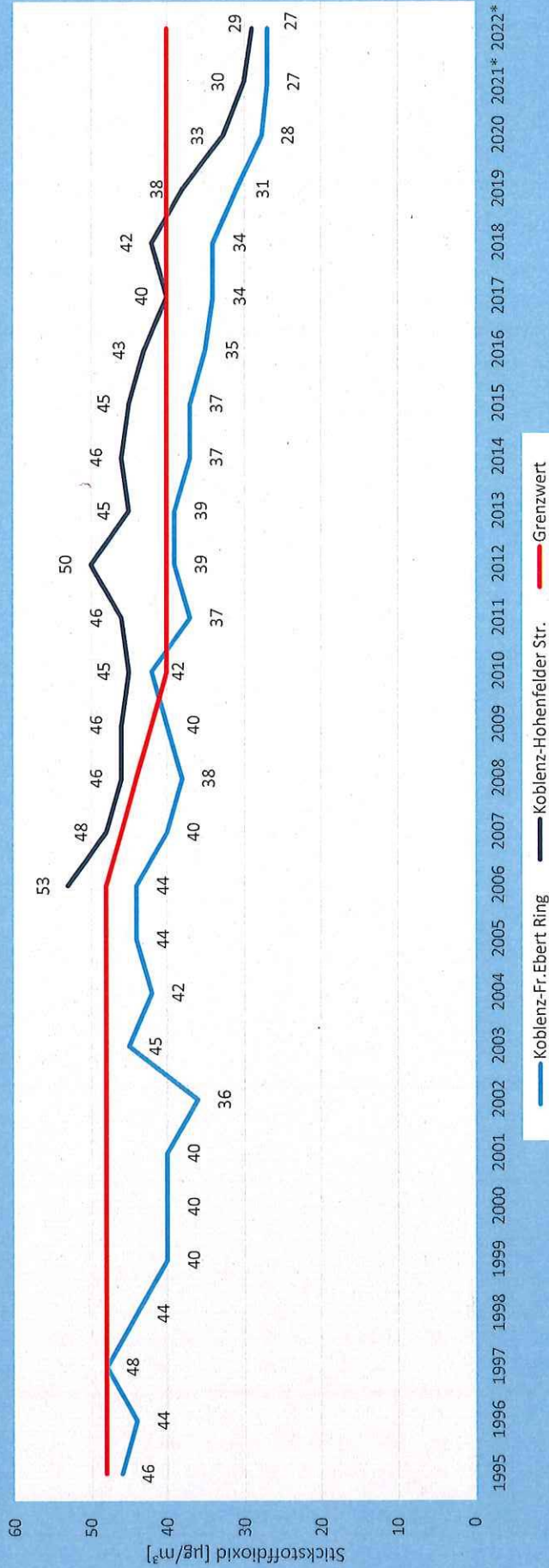
Monatsmittelwerte NO₂ 2021



	Koblenz-Fr. Ebert Ring	Koblenz-Hohenfelder Str
*Mittelwert Januar - Dezember	27	30

*Vorläufige Mittelwerte

Langzeitentwicklung NO₂-Werte Koblenz



*Vorläufige Jahresmittelwerte



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0114/2021		Datum: 24.03.2021	
Dezernat 4			
Verfasser:	61-Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung	Az.:	
Betreff:			
Gesamtfortschreibung FNP - Fachbeitrag erneuerbare Energien			
Gremienweg:			
20.04.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	ohne BE abgesetzt geändert

Unterrichtung:

In Deutschland ist die Energiewirtschaft der größte CO₂-Verursacher. Trotz der immer effizienteren Nutzung von Energie, nimmt der Energieverbrauch kontinuierlich zu. Mit dem steigenden Anteil an Elektrofahrzeugen oder auch der Herstellung von grünem Wasserstoff als klimaneutrales Gas wird der Energiebedarf voraussehbar weiter steigen. Daher muss, zum Schutz des Klimas, auf allen Ebenen der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden.

Die Stadtverwaltung möchte den Ausbau von erneuerbaren Energien entsprechend fördern und steuern. Zu diesem Zweck soll ein Fachgutachten erstellt werden, welches geeignete Flächen für den Ausbau von erneuerbaren Energien identifiziert. Diese sollen in einem Übersichtsplan dargestellt werden, der als Planungsgrundlage für den Flächennutzungsplan dient. Zwischenzeitlich sind bei der Stadtverwaltung Anfragen für den Bau von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen eingegangen. Neben dieser zeigen auch Anträge für die Ausweisung von entsprechenden Konzentrationszonen die Notwendigkeit bzw. das Interesse, diese auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung zu steuern.

Die Stadt Kaiserslautern hat bereits im Jahr 2013 ein ähnliches Konzept beschlossen. In diesem wurde auch das Thema Windkraft untersucht, welches in Koblenz bereits durch die Eignungsuntersuchung Windenergie geschehen ist. Das „Erneuerbare Energien Konzept“ der Stadt Kaiserslautern ist als Beispiel den Anlagen (Online) beigelegt. Für Koblenz schlägt die Stadtverwaltung aufgrund der Topographie und der Lage an zwei Flüssen folgende Themenschwerpunkte vor:

- Windenergie (Eignungsuntersuchung als Anhang oder eingearbeitet)
- Photovoltaik (Freiflächen, Dächer und weitere Anlagen wie Agro-PV)
- Flusskraftwerk (Strömungsturbine)
- Geothermie
- Biogasanlage
- Energiespeicherung

Das Konzept soll extern erstellt werden und zur Offenlage des Flächennutzungsplanes fertiggestellt sein.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Der Fachbeitrag soll den Ausbau von erneuerbaren Energien durch vorhergehende Untersuchung der Restriktionen und der Verortung geeigneter Flächen beschleunigen. Es hat daher einen positiven Einfluss auf den Klimaschutz.



Zukunft Mobilität

Vortragsreihe, vom 17.08. - 19.10.2021

Mobil zu sein ist eine Selbstverständlichkeit für den modernen Menschen, zu fast jeder Zeit an fast jeden Ort gelangen zu können, ist ein ungeschriebenes Grundrecht. Gerade auch während der Corona Pandemie haben wir erfahren müssen, als wie heikel die Beschneidung einer solchen Freiheit empfunden wird.

Doch mit dieser Freiheit erwächst in Zeiten des Klimawandels unbestritten auch ein gewaltiges Problem. Wir stellen fest, dass die Mobilität der Menschen und Güter so wie wir sie heute organisieren eine auf Dauer untragbare Last für unsere Umwelt darstellt.

Doch wie begegnen wir dieser Herausforderung, müssen wir jetzt alle unser Verhalten ändern oder reicht es aus, unsere Mobilität nur umweltverträglicher zu gestalten. Muss nur der Verbrennungsmotor gegen einen Elektromotor ausgetauscht werden und schon ist die Welt wieder in Ordnung.

Auf was müssen wir uns in den nächsten Jahren einstellen, wird das Tanken unerschwinglich und tritt das Laden wie selbstverständlich an seine Stelle. Müssen wir vielleicht sogar auf das Symbol unserer Freiheit, das Auto verzichten oder weichen wir demnächst aus Platzproblemen sogar in die Lüfte aus.

Kommen Sie mit uns auf eine spannende, aber sicher sehr umweltschonende Online-Reise in die Zukunft Ihrer Mobilität. Wir versprechen Ihnen wieder hochkarätige Fachleute von namhaften Forschungseinrichtungen und Hochschule aus ganz Deutschland. Lassen Sie sich überraschen!



Zukunft Wohngebäude

Vortragsreihe, vom 16.11. - 14.12.2021

Die privaten Haushalte tragen maßgeblichen Anteil an den Einträgen klimaschädigender Gase. Betrachtet man die CO₂-Emissionen für Heizung, Warmwasser, Haushaltsstrom und Mobilität, dann sind sie für etwa 1/3 aller Emissionen verantwortlich. Dabei sind alle indirekten klimarelevanten Vorgänge wie z.B. Warentransport für private Haushalte, die Lebensmittelerzeugung, Reiseverkehre usw. noch gar nicht berücksichtigt.

Allein die Bereitstellung von Heizungswärme und Warmwasser machen 75 % des Energieeinsatzes im Wohngebäude aus. Das lässt die Dringlichkeit, aber auch den Nutzen von Maßnahmen zum Schutz des Klimas und des Geldbeutels erahnen. Auch die Politik hat inzwischen den Handlungsdruck zur Wärmewende im Gebäudebereich erkannt und nicht zuletzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Aufgaben zum Klimaschutz bei Wohnhäusern konkretisiert und nachgeschärft.

Für Hauseigentümer ist es Zeit zu Handeln, sonst werden ihnen in den kommenden Jahren erhebliche finanzielle Belastungen durch Energie entstehen, beträchtliche Fördermittel entgehen und das Gebäude substanziell an Attraktivität verlieren. Ein Haus energetisch fit für die Zukunft zu machen ist inzwischen keine technische Herausforderung mehr, sondern eher eine logistische Meisterleistung, deshalb müssen Eigentümer ausreichend Zeit für ein Projekt einplanen.

In unserer fünfteiligen Vortragsreihe erhalten Sie ungeschminkt Einblick in das, was der Gesetzgeber in den nächsten Jahren von Ihnen erwartet, wie er Sie dabei unterstützt und wie Sie die Herausforderung für Ihr Objekt meistern. Sie bekommen die aktuellsten Informationen zur Änderung der Anforderungen und der finanziellen Hilfen die am 01.07.2021 in Kraft getreten sind.



Bleiben Sie informiert, melden Sie sich zum Newsletter an!

Wie Sie uns erreichen

Tel: (0261) 983 527 90

Fax: (0261) 983 527 92

E-Mail: info@ben-mittelrhein.de

Web: <https://www.ben-mittelrhein.de>



Mehr als nur Grün

Vortragsreihe beginnt am 10.02.2022

Es geht in eine neue Runde!

Auch für 2022 sind wieder neue Vorträge geplant, 14 an der Zahl.

Wenn wir nicht achtsam mit der Natur und unserer Umwelt umgehen fällt das früher oder später auf uns zurück. Das ist nicht nur mit dem Klimawandel so, sondern auch mit der Biodiversität, also der Vielfalt des Lebens um uns herum. Ob das Pflanzen oder Tiere sind, sie alle sind ausnahmslos unentbehrliche Teile eines Gleichgewichts, das wir empfindlich stören. Aber allzu schnell vergessen wir, dass wir ebenfalls nur Teil in diesem Gefüge sind und die Natur Verstöße nicht dauerhaft toleriert.

Deshalb lassen Sie uns gemeinsam schauen, wie wir in unserem unmittelbaren Umfeld zukünftig die Dinge besser machen können als in der Vergangenheit. Vorgärten (Foto) und andere Grünflächen müssen nicht so aufgeräumt aussehen, denn das erinnert eher an eine Wüste als an ein Paradies. Hier kann nur noch überleben, was keinerlei Anspruch an seinen Lebensraum stellt. Es geht bedeutend besser, nicht nur der Pflanzen und Tiere wegen, sondern unbedingt auch uns zuliebe, denn Artenvielfalt sichert unser aller Überleben. Lassen Sie sich überraschen wie einfach das geht.



PV braucht das Land

Vortragsreihe vom 08. März bis 05. April 2022

Der Menschen gemachte Klimawandel ist auch in Deutschland angekommen. Hitzeperioden über Wochen lassen die Böden Meter tief austrocknen und wenn es dann Niederschlag gibt, ist der so gewaltig, dass sich Unmengen von Wasser in kürzester Zeit über das Land ausschütten. Die Folgen sind verheerend.

Wir müssen unseren Einfluss auf das Klima drastisch reduzieren, um das Schlimmste zu verhindern, sagt uns die Wissenschaft und das schon seit über 40 Jahren. Die Techniken gibt es schon lange, sie sind erprobt und auch schon im Einsatz, aber wir lassen uns zu viel Zeit mit dem Umstieg in eine CO₂-freie Wirtschafts- und Lebensweise.

Je länger wir warten umso schneller müssen wir umsteigen und umso teurer wird es, weil neben den Investitionen in klimaschonende Technik, unnötigerweise auch noch die unvorstellbar hohen Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden zu tragen sind. Natürlich wird jeder von uns einen Teil seines Wohlstandes dafür einsetzen müssen und diejenigen, die bisher schon kaum am Wohlstand in unserem Land teilhaben konnten, müssen die Stärkeren von dieser Last befreien. Wenn wir aber nichts tun, wird der Klimawandel uns seine hässliche und unsoziale Seite zeigen und wir alle werden zu viel größeren Opfern gezwungen.

Was also kann jeder einzelne von uns tun. Neben dem Energiesparen, gibt es die Möglichkeit, ganz einfach und wirtschaftlich selbst umweltverträglich Strom zu erzeugen. Im Kleinen über ein sogenanntes Balkonmodul und im Großen über eine mehrere Kilowatt leistende Solarstromanlage. Selbst Beteiligungen an Großanlagen sind möglich. **Sie müssen es nur tun!**